

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

FBP-Klausur: Aktive Integrationspolitik – Ja zum EWR mit der Schweiz

Gestern fand in Vaduz die FBP-Landesausschusssitzung statt – Ganztägige Klausurtagung mit dem Thema Integrationspolitik – Meinungsbildung in der Partei

(G.M.) – Einen ganzen Tag lang fasste sich der FBP-Landesausschuss, der sich in den letzten zwei Jahren schon mehrfach mit der Integrationspolitik auseinandergesetzt hatte, mit dem EWR-Abkommen, dessen Auswirkungen für das Fürstentum Liechtenstein sowie mit den möglichen Alternativen zum EWR-Abkommen. Die Tagung bildete erneut einen wichtigen Bestandteil der Meinungsbildung innerhalb der Partei vor der Landtagsitzung mit dem EWR-Vertrag als Haupttraktandum und vor der bevorstehenden Volksabstimmung.



Der gestrige Feiertag bot für die Mitglieder des FBP-Landesausschusses die Gelegenheit, sich intensiv mit den Fragen der Integrationspolitik und mit der Stellung Liechtensteins vor der Abstimmung über das EWR-Abkommen zu befassen. Nach den Referaten der Fachleute wurde in Gruppen diskutiert, während am Ende der Tagung nochmals eine Plenumsdiskussion über die erzielten Ergebnisse anstand. (Bild: Beat Schurte)

Keine Polemik, sondern die sachliche Argumentation sollte im Mittelpunkt der FBP-Klausurtagung stehen, erklärte FBP-Präsident Dr. Hansjörg Marxer zu Beginn der Tagung gestern morgen im Vaduzer Saal. Vorerst gehe es weder um ein klares Ja oder Nein, sondern um die Information, um das Abwägen, welche Risiken der Beitritt zum EWR-Abkommen und welche Chancen dieser Vertrag für unser Land berge. Gleichzeitig müssten auch Zielvorstellungen für das Liechtenstein in der Zukunft formuliert werden, betonte der FBP-Präsident, der mit dieser ganztägigen Klausurtagung einen wichtigen Markstein im Rahmen der Meinungsbildung innerhalb der Partei setzte.

Objektiv und informativ

Die anspruchsvolle Thematik der Klausurtagung, auch für Landesauschussmitglieder, die sich seit geraumer Zeit intensiv mit der Integrationspolitik beschäftigen, wurde mit den verschiedenen Kurzreferaten angegangen, die objektiv und informativ den Sachverhalt darstellten. Die anschließende Gruppenarbeit brachte Bewertungen, Beurteilungen und Klärungen, aber auch Meinungen und Standpunkte, die entsprechend vertreten wurden. In der Schlussdiskussion, die auch eine Präsentation der Gruppenarbeiten umfasste, erfolgte die Zusammenfassung der erfolgreichen FBP-Landesauschuss-Klausurtagung und die Gegenüberstellung der verschiedenen Standpunkte.

Alle Wirtschaftszweige zusammenarbeiten

Den Einstieg in die Thematik gab Markus Büchel mit seinem Überblick über den EWR-Fahrplan. Bereits bei diesem ersten Referat wurde ersichtlich, dass noch grosse Unsicherheit herrscht und noch verschiedene Spannungen aufgetreten sind, beispielsweise zwischen FBP-Präsident Hans-Adam II. und der Regierung. Markus Büchel, der dazu aufrief, dass alle Wirtschaftszweige zusammen-

arbeiten müssten, damit eine optimale Zielsetzung für Liechtenstein erreicht werden könne, legte die verschiedenen Positionen dar: Abstimmung vor der Schweiz oder erst nach der Schweiz?

Dienstleistungssektor als sensibler Bereich

Wie unterschiedlich die Erwartungen, Befürchtungen und Hoffnungen in unserem Land gegenüber dem EWR und der EG sind, wurde anschliessend mit den Referaten von Eduard Hilti über den Dienstleistungsbereich, von Beat Mar-

xer über das Gewerbe und von Peter Frick über die Industrie erkennbar. Eduard Hilti listete einleitend die Einnahmen auf, die aus dem Dienstleistungssektor der Staatskasse zufließen würden und gab zu verstehen, dass ein grosser Teil der guten Rahmenbedingungen für die liechtensteinische Wirtschaft aus dem Gesellschafts- und Dienstleistungsbereich stammten oder positiv beeinflusst würden. Die von der Regierung genannten Kosten eines EWR-Beitritts stellte der Referent in Frage und er-

klärte, auch die Wirtschaft habe hohe Kosten für die Anpassung zu tragen. Der Dienstleistungssektor habe Grund, meinte er zum Schluss, dem EWR-Abkommen skeptisch gegenüberzustehen, da die Auswirkungen erst in einigen Jahren sichtbar würden.

Gewerbe und Industrie

Auch die Industrie und das Gewerbe blickten mit unterschiedlichen Erwartungen und Befürchtungen nach Brüssel. Nach Angaben von Beat Marxer, der

sich vorwiegend auf die Änderung des Gewerbegesetzes, auf das Beschäftigungswesen, die Ausländerpolitik und den Bodenerwerb für Ausländer konzentrierte, erfordere das EWR-Abkommen eine grosse Anpassungsfähigkeit der gewerblichen Wirtschaft. Das Gewerbe sei nicht grundsätzlich gegen den EWR eingestellt, erklärte er, aber unser Land sei schlecht auf die Integrationspolitik vorbereitet. Peter Frick, der die Position der Industrie darlegte, fasste seine Überlegungen mit den folgenden Worten zusammen: Ein EWR-Beitritt mit der Schweiz sei das kleinere Risiko als eine Ablehnung durch Liechtenstein allein. Allerdings führte Peter Frick aus, dass nach Ansicht der Industrie der EWR durchaus eine Alternative zum EG-Beitritt darstelle. Die Industrie brauche jedoch für ihre Entwicklung den diskriminierungsfreien Warenverkehr.

Mehr über die FBP-Klausurtagung auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

FBP-Landesauschuss für EWR-TV-Debatte

Der Landesauschuss der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) möchte die Grundsatzdebatte des Landtags über den EWR-Vertrag möglichst allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich machen. An der EWR-Klausurtagung fasste das Parteigremium den Beschluss, die Landtagsfraktion zu beauftragen, sich für eine Übertragung der EWR-Debatte im Fernsehen über den Landessender einzusetzen.

FBP-Fraktionspräsident Dr. Ernst Walch nahm den Auftrag entgegen, bei Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter (VU) vorstellig zu werden, um eine Übertragung über den Landessender zu machen.

Gedacht ist an eine Live-Übertragung sowie an Wiederholungen, damit möglichst viele die Debatte am Fernseher mitverfolgen können.

Gefahr einer fünften Hypozins-Runde schwindet

Schweizer Banken wollen Strukturwandel möglichst ohne Schäden für Gläubiger über die Bühne bringen

Bern (AP) Halten die momentane Zinsentwicklung und der Teuerungsabbau an, wird es gemäss dem Präsidenten der Schweizer Bankiervereinigung keine fünfte Hypothekarzins-Runde geben. Mit Optimismus sieht der Bankendachverband dem verschärften Wettbewerb entgegen und hofft, den Strukturwandel möglichst ohne Kosten für die Gläubiger über die Bühne zu bringen. Bankkunden sollen sich mit ihren Problemen bald an einen neutralen Ombudsmann wenden können.

Die meisten Banken hätten seit Monaten auf eine Anpassung der Hypothekarzinsätze verzichtet, obwohl diese weder mit Blick auf die Refinanzierungskosten noch die Spaltung zwischen Neu- und

Althypothekensätzen marktgerecht seien, sagte Claude de Saussure, Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung am Dienstag an einer Pressekonferenz in Bern. Dieses Ausharren der Banken werde sich lohnen, und eine weitere Drehung der Zins-Mietpreis-Spirale werde sich vermeiden lassen, wenn die momentane Entwicklung bei den Schweizer-Franken-Zinsen anhalte und die Inflationsbekämpfung der Nationalbank durch keine anderen Störungen konterkariert werde.

Plädoyer für den EWR

Die Bankiervereinigung plädiert auch für ein Ja zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Der EWR ziehe

einen Rationalisierungsschub nach sich, sagte Blattner. Eine derartige Steigerung der Produktivität erhöhe den Wohlstand dauerhaft, während Anpassungsschwierigkeiten etwa auf dem Arbeitsmarkt nur vorübergehender Natur seien. Auch sei es eine Illusion zu glauben, die Schweiz bliebe bei einem Alleingang vom Strukturwandel verschont. Die Banken erwarten im EWR keinen Anstieg der Realzinsen; auch würden weder das Bankgeheimnis noch die schweizerische Steuerhoheit tangiert. Der EWR ist für den Bankendachverband keine blosse Zwischenlösung auf dem Weg in die EG, sondern eine selbständige und wertvolle wirtschaftspolitische Option.

Der Europarat im «neuen» Europa

(paf) – Liechtenstein nimmt an der Sondersitzung der Aussenminister der Mitgliedstaaten des Europarates am 10. und 11. September in Istanbul teil. Die Konferenz findet auf Einladung der türkischen Regierung statt. Der Aussenminister der Türkei führt zur Zeit den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates. Liechtenstein wird durch Botschafter Dr. Josef Wolf, Ständiger Vertreter des Fürstentums Liechtenstein beim Europarat, vertreten sein.

Im Mittelpunkt der Sitzung steht ein Gedankenaustausch mit Vertretern der Republiken der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und Georgiens. Des weiteren werden sowohl die Neugestaltung der Beziehungen zwischen der KSZE und dem Europarat nach dem KSZE-Gipfel in Helsinki dieses Jahres als auch die zukünftige Rolle des Europarates in einem sich ändernden Europa besprochen.

Neue Sondermarke «1342 – Entstehung der Grafschaft Vaduz»

Seit Montag sind fünf neue Briefmarken im Umlauf – Geschichtliche Sondermarke und eine vierteilige Sonderserie über die «Farne»

(G.M.) – Die Briefmarkensammler können sich freuen, denn nur kurz nach der erfolgreichen liechtensteinischen Briefmarkenausstellung erfolgte die Ausgabe von fünf neuen Postwertzeichen: Einerseits die Sondermarke «1342 – Entstehung der Grafschaft Vaduz», andererseits eine Sonderserie mit vier Wertstufen zum Thema «Farne».

Das ganze Jahr 1992 ist eigentlich dem Jubiläum «650 Jahre Grafschaft Vaduz» gewidmet. Gegen Ende des Jubiläumjahres erscheint nun auch eine Sonderbriefmarke, die den Teilungsakt von 1342 zeigt, aus dem die Grafschaft Vaduz entstand. «Paul Flora hat die breitformatige Marke mit dem Taxwert von 1,60 Fr. in seinem gewohnten und berühmten Stil geschaffen», schreibt Dr. Walter Diggelmann zur Jubiläumsausgabe und stellt weiter fest: «Das Markenbild skizziert in freier künstlerischer Interpretation den bedeutungsvollen Akt vom 3. Mai 1342 in Sargans. Ein Spruchrichter verliest den beiden Brüdern Hartmann III. und Rudolf IV. in Anwesenheit des Bischofs Ulrich von Chur die wappengeschmückte Teilungsurkunde.»

Der Anlass für die Teilung war, wie Paul Vogt in seiner Darstellung im Begleitheft für die Briefmarkenausgabe vermutet, die Heirat zwischen Graf Hartmann III. und Agnes von Montfort zu Feldkirch. Wie der Text der Urkunde die Vermutung aufkommen lasse, sei es zwischen den Brüdern Hartmann III. und Rudolf IV. zu Uneinigigkeiten gekommen.

Die zweite Sonderausgabe, die seit dem Montag amtlich in Umlauf ist, widmet sich dem Thema «Farne». Der Entwurf für die vier Wertstufen mit verschiedenen Farnarten stammt von Cornelia Eberle. Die «Wunder der Natur» finden vielleicht nicht so grosse Beachtung, weil sie nicht immer an vorderster Stelle blühen, sondern teilweise an abgelegenen Orten vorkommen. Edith Waldburger meint jedoch im Begleitheft, dass Farne die Menschen immer schon fasziniert hätten: «Ebenso fesselnd wie die nahezu unbeschränkte Vielfalt der Form, die fein abgestuften Grüntöne und das Licht- und Schattenspiel auf einem Farnblatt, ist die Entwicklungsgeschichte dieser Pflanzenfamilie.»



Seit Montag ist die Sondermarke «1342 – Entstehung der Grafschaft Vaduz» im offiziellen Umlauf. Gleichzeitig erschienen vier weitere Sondermarken mit dem Thema «Farne».

DENNER-Satellit
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan – Vaduz

aktuell – frisch und preiswert

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.